



Dialogforum der Kommunen am 08./09. November 2022

08. November 2022 via Zoom:

<https://us06web.zoom.us/j/83571206089?pwd=T1Q4b0hnVHozdE8rOGFpT2w5eEs3UT09>

Meeting-ID: 835 7120 6089; Kenncode: Dialog_1

- | | |
|-----------|---|
| 12:55 Uhr | Einwählen in Zoom und Technik-Check |
| 13:00 Uhr | Begrüßung durch <i>Anne Lütkes, Vorstandsvorsitzende Kinderfreundliche Kommunen e.V.</i> und Programmablauf |
| 13:10 Uhr | Vorstellungsrunde im Speed-Networking-Format |
| | Neuigkeiten aus dem KfK e.V.: |
| 13:40 Uhr | <ul style="list-style-type: none">• Neue Kommunen im Programm (Haan, Krefeld, Hohenhameln, Ludwigsfelde, Germering, Ebersberg)• Neue Mitarbeitende im Team von KfK |
| 13:50 Uhr | Einführungsvortrag: „Gemeinsam mit der Polizei Sicherheit planen und gestalten“ mit anschließender Diskussion
<i>Dr. Anke Schröder, Landeskriminalamt Niedersachsen</i> |
| 14:50 Uhr | Pause und Austausch über Wonder.me:
https://www.wonder.me/r?id=05b1e1f4-9112-4770-ada4-6f1f4bc2de79 |
| 15:15 Uhr | Vortrag „Das INERSIKI-Projekt – Instrumentenentwicklung zur Erfassung der raumbezogenen Sicherheitsbelange von Kindern und Jugendlichen www.inersiki.de “ mit anschließender Diskussion
<i>Jan Abt, Deutsches Institut für Urbanistik</i> |
| 16:15 Uhr | Interkommunaler Austausch und Beratung |
| 16:55 Uhr | Gemeinsamer Abschluss |

17:00 Uhr Ausklang und Austausch über Wonder.me:
<https://www.wonder.me/r?id=05b1e1f4-9112-4770-ada4-6f1f4bc2de79>

09. November 2022 via Zoom:
<https://us06web.zoom.us/j/86453763237?pwd=S1Q3WG12NGZEB3I2T1hTOFVYMjVuQT09>

Meeting-ID: 864 5376 3237; Kenncode: Dialog_2

9:00 Uhr Einwählen in Zoom und Technik-Check

9:05 Uhr Vortrag: Ressortübergreifende Zusammenarbeit zu Schulwegesicherheit, Sicherheitsempfinden und Sauberkeit aus der Kinderfreundlichen Kommune Lampertheim
Manfred Scholz und Katja Sen, Stadt Lampertheim

10:00 Uhr Interkommunaler Austausch und Beratung

10:45 bis 11:15 Uhr PAUSE mit Austausch auf Wonder.me:
<https://www.wonder.me/r?id=05b1e1f4-9112-4770-ada4-6f1f4bc2de79>

11:15 Uhr Interkommunaler Austausch und Beratung

12:00 Uhr Ergebnissicherung: Kurzberichte aus den Austauschgruppen

12:30 Uhr Ausblick und Verabschiedung

12:45 bis 13:30 Uhr Ausklang und Austausch auf Wonder.me:
<https://www.wonder.me/r?id=05b1e1f4-9112-4770-ada4-6f1f4bc2de79>

Ergebnisse: Austausch und Beratung

Austauschrunde I: Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit als Anliegen von Kindern und Jugendlichen

Fragestellungen:

1. Gibt es bei Ihnen in der Kommune regelmäßige Erhebungen von Angsträumen von Kindern und Jugendlichen?
2. Was sind die Ergebnisse und wie wird mit Ihnen umgegangen?
3. Gibt es dazu eine ressortübergreifende Zusammenarbeit?
4. Gibt es ressortübergreifend zusammengesetzte Gremien, die diese Thematik bearbeiten?
5. Wer arbeitet darin mit? Sind dort die Anliegen von Kindern und Jugendlichen vertreten?
6. Sind die dort behandelten Themen die Anliegen aller Kinder und Jugendlicher oder gibt es auch Interessen von Kindern oder Jugendlichen, die dem entgegenstehen?

AG 1

Teilnehmende Kommunen: Regensburg, Dormagen, Landshut, Garmisch-Partenkirchen

Im Zentrum des Gesprächs stand der Austausch zwischen Jugendbereich und Ordnungsämtern. In den teilnehmenden Kommunen stellte sich die Lage sehr unterschiedlich dar. In der Mehrzahl gab es keinen regelmäßigen Austausch zwischen den Ressorts, teilweise immerhin in Projekten. Oft findet er aber erst nach konkreten Vorfällen statt.

Es wird berichtet, dass zahlreiche Probleme mit Jugendlichen im öffentlichen Raum entstehen, weil Orte, an denen sie sich treffen können, verboten werden. Gerade die Einschränkungen während der Corona-Pandemie haben hier sehr negative Auswirkungen erbracht.

Dormagen berichtete, dass es einen regelmäßigen Austausch zwischen Polizei, Jugendförderung, Ordnungsamt und Streetwork gibt. Das Hauptziel ist, dass die Akteur_innen sich kennenlernen und es kurze, direkte Kommunikationswege gibt. Damit sollen auch Ermittlungstatbestände bei der Polizei vermieden werden. Gemeinsam finden Gespräche mit Jugendlichen statt, um deren Sicht kennenzulernen. Dies vermeidet viele Probleme.

In Regensburg gibt es das Modellprojekt Nachtschicht, bei dem Jugendliche, die sich nachts im öffentlichen Raum aufhalten von Honorarkräften zu ihren Beweggründen und Bedürfnissen befragt werden. Durch die Spielleitplanung wird gesichert, dass Spielplätze auch nachts von Jugendlichen genutzt werden dürfen. Es fehlen aber trotzdem Treffpunkte ab 20 Uhr. Daher werden Jugendspielplätze im Außengelände von Jugendeinrichtungen geplant.

Alle Teilnehmenden sind der Meinung, dass Jugendliche ungestörte Orte wollen, diese aber fehlen. In keiner Stadt gibt es noch selbstverwaltetes Jugendzentren. Außerdem besteht Einigkeit, dass nur eine Minderheit der Jugendlichen über die Stränge schlägt. Probleme machen eher junge Erwachsene. Es wird als Job der Jugendförderung angesehen, darauf hinzuweisen und Jugendliche zu vertreten.

Auch ein Grillplatz könnte als Treffpunkt angelegt werden. Dieser ist dann für alle Generationen zu eröffnen, da ein Jugendgrillplatz in einer Kommune politisch nicht durchsetzbar ist.

AG 2

Teilnehmende Kommunen: Oestrich-Winkel, Eltville, Nauen, Beeskow, Weilerswist

In den teilnehmenden Kommunen gibt es keine regelmäßigen Erhebungen von Angsträumen, weder von Kindern und Jugendlichen noch von Erwachsenen. Es wurden einmalige Befragungen von Kindern und Jugendlichen zu diesem Thema durchgeführt (Nauen). Angsträume wurden im Rahmen eines Beteiligungsprojekts zur Neugestaltung des Stadtparks erhoben (Eltville).

Im Bereich der Verkehrssicherheit haben einige Kommunen Hol- und Bringezonen in Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt eingeführt (Eltville, Weilerswist). Eltville hat zudem einen Nahmobilitäts-Check durchgeführt (Eltville). Kinder und Jugendliche sollen sich gefahrlos ihre Kommune erobern können, dem steht aber die Autozentriertheit vieler Städte entgegen, deren Umbau sehr schwierig ist.

Als ein gutes Beispiel der ressortübergreifenden Zusammenarbeit wurde von Eltville der „Präventionsrat Oberer Rheingau“ genannt. Dieser existiert seit 20 Jahren und trifft sich alle zwei Monate. Beteiligt sind Präventionslehrkräfte, Sozialarbeiter_innen, Erzieher_innen, Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendpflege, psychiatrische Klinik sowie Kinder- und Jugendbeirat. Es gibt ein gemeinsames Budget für Projekte, wie z.B. Präventionstheater.

Es wurde besprochen, dass Beteiligungsanlässe dort geschaffen werden sollen, wo auch die Umsetzung von Änderungswünschen erfolgen kann. Es empfiehlt sich, mit kleineren Projekten anzufangen. In Eltville wurde z.B. eine Unterführung renoviert und bekam eine bessere Beleuchtung. Jetzt gestalten Kinder und Jugendliche die Wände. In Beeskow wurden mehrere denkmalgeschützte Gebäude, die besprüht worden waren, zusammen mit Kindern und Jugendlichen zum Thema Kinderrechte gestaltet.

Ein gutes Beispiel für ein Beteiligungsformat, bei dem die Umsetzung zeitnah möglich ist, ist das Bürgerbudget in Beeskow. Alle Bürger_innen können Vorschläge einreichen, die Entscheidung über das Budget trifft eine Jury bestehend aus Kindern und Jugendlichen. Die Projekte werden mit den Mitteln aus dem Bürgerbudget in den darauffolgenden 12 Monaten umgesetzt.

AG 3

Teilnehmende Kommunen: Hemmoor, Weil am Rhein, Remchingen, Hohenhameln, Zeven, Garmisch-Partenkirchen

In keiner der Kommunen gibt es regelmäßige und systematische Erhebungen von Angsträumen von Kindern und Jugendlichen. Jedoch wurde das Thema Sicherheit und Gefahrenräume im Rahmen von Streifzügen, bei der Entstehung eines Radwegeplans oder bei der Spielleitplanung aufgegriffen.

In Weil am Rhein konnten Kinder und Jugendliche ihre Ideen bei der Erweiterung einer Parkanlage einbringen. Hier zeigte sich, dass das Sicherheitsgefühl bei den jungen Menschen eine große Rolle spielt: Der Park ist nun lichtdurchflutet und Versteckmöglichkeiten wurden reduziert. Zudem führten Weil am Rhein und Remchingen Fußverkehrschecks durch, bei denen die Sicherheit im Straßenraum eine große Rolle spielt.

Positive Erfahrungen hat Remchingen mit regelmäßigen Treffen der Schülermitverwaltung mit dem Bürgermeister gemacht. Im Rahmen dieser Treffen konnten die jungen Menschen auch Sicherheitsthemen direkt an das Gemeindeoberhaupt herantragen. Remchingen berichtete von ihrer Notinsel-Schule: Schüler_innen der achten Klasse werden bei der Pflege und Einrichtung der Notinseln einbezogen. Zusätzlich informieren diese Schüler_innen Erstklässler_innen über die Funktion und Lage der Notinseln.

In keiner der Kommunen gibt es eine ämterübergreifende Zusammenarbeit zum Thema Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit. Abschließend wurde in der Gruppe deshalb allgemein diskutiert, wie eine ämterübergreifende Zusammenarbeit aufgebaut und gestärkt werden kann. Die Koordinatorin von Weil am Rhein gab hierzu Tipps aus ihren Erfahrungen der letzten Jahre: Zum einen ist es wichtig, innerhalb der Verwaltung fortwährend zu betonen, dass „Kinderfreundliche Kommunen“ ein gemeinsames Projekt ist. Dazu bietet es sich an, eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen – in Weil am Rhein hat sich die AG Beteiligung bewährt. Auch Inhouse Schulungen zum Thema Kinderrechte helfen dabei, die Anliegen der Kinder in andere Ämter zu tragen.

AG 4

Teilnehmende Kommunen: Berlin Pankow, Mannheim, Berlin Marzahn-Hellersdorf, Köln, Wolfsburg

Im Jugendbeirat der Stadt Wolfsburg ist Sicherheit ein wiederkehrendes Thema. Es werden gemeinsam mit der Stadtplanung Begehungen durchgeführt, dabei wird darauf geachtet, wo besorgniserregende Räume sind. Gemeinsam wird überlegt, welche Maßnahmen möglich sind, um die Situation zu verbessern. Für deren Umsetzung sind oft andere Bereiche als das Ressort Jugend zuständig. Demzufolge sind finanzielle Mittel oft nicht vorhanden und die Nachhaltigkeit der Projekte nicht immer gewährleistet. Die Stadt Köln hat ein Pilotprojekt für strukturell verankerte Beteiligungsprojekte. Dafür wurde ein digitales Beteiligungsportal genutzt, das auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen angepasst ist. Berlin-Pankow nutzt Stadtsache.de.

In Köln werden Veedelsspaziergänge durchgeführt, bei denen Angsträume erhoben werden. Die Koordinatorin informierte an einem Stand über das Beteiligungsformat. Für eine ressortübergreifende Zusammenarbeit wurde der Verwaltungsvorstand in den Prozess involviert. Des Weiteren gab es eine 100 Tage Challenge, die Ämter herausgefordert hat, sich für Kinderrechte zu engagieren.

Es schloss sich die Frage an, wie Ergebnisse der Beteiligungsformate an Kinder und Jugendliche weitergegeben werden. In einer Kommune sind die Ergebnisse auf der Homepage in einem Kartenausschnitt sichtbar. Dort können die Antworten der Stadt und Stand der Entwicklung eingesehen werden. Hier werden auch Probleme benannt und gezeigt, warum etwas nicht ging. Über dieses Portal werden politische Beschlüsse verlinkt und Unklarheiten über Objekte im Stadtteil geklärt. Allerdings ist aufgrund des Datenschutzes nicht sichtbar, wer sich gemeldet hat. Für dieses Pilotprojekt und die erste Durchführungsrunde hatte die Kommune 50.000 Euro zur Verfügung. Das Tool steht jetzt, jetzt muss die Folgefinanzierung noch geklärt werden.

In Berlin gibt es durch die AGRP (AG Ressortübergreifende Planungsvernetzung) ressortübergreifende Zusammenarbeit, hier ist auch die Stelle der Koordinatorin der Kinderfreundlichen Kommunen angesiedelt.

In Mannheim gibt es ein Haus der Jugend mit Polizei, Jugendgerichtshilfe und Staatsanwaltschaft, die eng miteinander arbeiten und versuchen, jungen Menschen den Weg aus der Kriminalität zu ebnet. Dadurch ist eine sehr schnelle Rückmeldung an junge Menschen möglich. Es besteht eine Schnittstelle zu Schule und Kita. Daraus folgt ein großes Präventionsnetzwerk inklusive zivilgesellschaftlicher Akteur_innen. Vertreter_innen dieses Netzwerkes nehmen bei Stadtteilveranstaltungen teil, so dass direkt Erfahrungen mit z.B. Jugendlichen ausgetauscht werden können.

Pankow hat einen Präventionsrat für Gewaltprävention, auf dessen Sitzungen in den letzten zwei Jahren Kinder und Jugendliche häufig Thema waren. Teilnehmende sind der Integrationsbeirat, Vertreter_innen der Zivilgesellschaft, der Jugendzentren, 2 Träger der Jugendhilfe und Bezirksamtsvertreter_innen. Auch das SIBUZ (psychosoziale Beratung für Schule) nimmt teil. Außerdem macht das Projekt „Echt stark - echt fair - echt krass“ Angebote in Schulen.

Die Stadt Wolfsburg bietet eine Ordnungspartnerschaft an. Die Teilnehmenden treffen sich direkt in der Innenstadt an einem Brennpunkt. Es gibt auch noch ein Streetlifeteam, das gefährdete Plätze ansteuert und ressortübergreifend arbeitet.

In Mannheim wird ein Frauentaxi angeboten. Mit ihm dürfen Frauen und weiblich gelesene Personen mehrmals im Jahr zu ermäßigten Preisen nachts mitfahren. Es wird vor allem von jungen Frauen genutzt.

AG 5

Teilnehmende Kommunen: Taunusstein, Algermissen, Puchheim, Bernau

Begehungen (z.B. Spielplatzbegehungen), die bereits regelmäßig durchgeführt werden, sind um die Aspekte Sicherheit und Angsträume zu erweitern.

Bestehende Formate (z.B. Verkehrsschau Puchheim) sollten um die Perspektive von Kindern und Jugendliche als Expert_innen ihrer Lebenswelt ergänzt werden. Entsprechende Fachpersonen zur methodischen Umsetzung von Beteiligungsprozessen sollten hinzugezogen werden.

Transparenz während des gesamten Beteiligungsprozess gegenüber Kindern und Jugendlichen sollte hergestellt werden (z.B. wenn es um die (nicht-mögliche) Umsetzung von Ergebnissen aus den Beteiligungsaktionen geht). Zudem sind schon vor der Beteiligung entsprechende Ressourcen für die Umsetzung von Maßnahmen bereitzustellen.

Des Weiteren ist die Herausforderung des „schwarzen Lochs der Zuständigkeit“ bei Projekten/Maßnahmen mit diversen Akteur_innen und die Rolle des_der Kinder- und Jugendbeauftragten diskutiert worden. Es stellt sich die Frage, ob die_der Kuj Beauftragte bis zur allgemeinen Erkenntnis der fachübergreifenden Zuständigkeiten von Kinderrechten eine initiiierende und vermittelnde Aufgabe hat und eine kontrollierende Funktion übernimmt.

Gute Praxis:

- [Dorfcheck Algermissen](#)
- [Programm Kompass](#)
- Verschönerung des Bahnhofstunnel Algermissen (s. Presseartikel im Anhang)

AG 6

Teilnehmende Kommunen: Krefeld, Bonn, Stuttgart, Bargteheide

Angsträume werden in der Kommune Bargteheide mit dem Kinder- und Jugendbeirat erforscht. Auch in Potsdam wurde vor Kurzem eine Erhebung von Angsträumen durchgeführt. Empfehlung, von Beginn an mit Fachbereichen zu kooperieren, die Expertise in sensibler Ansprache haben.

Stuttgart beschäftigt nach wie vor das Thema der Krawallnacht. Aus Bargteheide (16.000 Einwohner_innen) wird berichtet, dass es auch bei ihnen im Zuge der Pandemie eine Art Krawallnacht im Schulzentrum gab. Es wurden Platzverweise erteilt, damit Jugendliche sich nachts nicht mehr zum Trinken und Randalieren treffen. Es wird vermutet, dass fehlende selbstverwaltete Räume von Jugendlichen ein Vakuum kreieren, die zu solchen Aktionen führen. In Bargteheide haben Jugendliche vor Kurzem eine Villa besetzt. Es wird diskutiert, welche Räume Jugendlichen angeboten werden, damit Grenzen testendes Verhalten in angemessenem Rahmen stattfinden kann, insbesondere seit Beginn der Corona Pandemie. Eine Maßnahme des Aktionsplans von Potsdam ist eine Verabredung mit dem Grünflächenamt, neue Jugendorte zu schaffen. Außerdem wird vom Bundes-B berichtet: einem Ladenlokal selbst betrieben und von Jugendlichen selbst verwaltet. Kommunen sehen in der Zwischennutzung von Leerstand Potential.

Aus Stuttgart wird von „Safe Spaces“ berichtet, die seitdem auf dem Stuttgarter Pendant zum Münchner Oktoberfest eingerichtet wurden. Auch die [Walking Buddies](#) App wird vorgestellt, die dabei unterstützt, dass sich mehrere Personen zusammenfinden, die gemeinsam von A nach B kommen möchten oder aber die Möglichkeit von unterstützender Videotelefonie für den Heimweg. Zurzeit steht zur Diskussion, ob das Konzept der „Gute Fee“ Hilfeinseln für Kinder ins Nachtleben übertragen wird und somit Orte, die nachts geöffnet haben, zukünftig als Anlaufstelle in Notsituationen dienen könnten. Auch die Kampagne „[Nachtsam](#)“ in Stuttgart und umliegenden Städten hat sich zum Ziel gesetzt, Sicherheit im Nachtleben zu erhöhen.

AG 7

Teilnehmende Kommunen: Euskirchen, Kitzingen, Wittlingen, Witzenhausen, Harsum

In Wittlingen gab es in der Vergangenheit Erhebungen von Angsträumen von Kindern und Jugendlichen. Kitzingen arbeitet an Erhebungen im Rahmen des Aktionsplans; es besteht guter Kontakt zu Polizei und an gutem Kontakt zum Ordnungsamt wird gearbeitet, da dieses die Jugendlichen bisher noch als Problem ansieht.

Es besteht Konsens, dass eine zeitnahe Rückmeldung an die Teilnehmenden essenziell ist. Beispielfhaft erwähnt Harsum den aktuell sehr engen Austausch mit dem Kinder- und Jugendparlament.

Es wird nach dem Austausch zwischen Akteuren der Bereiche Kinder und Jugend, Sicherheit sowie Stadtraum gefragt. Euskirchen erwähnt beispielhaft einen Austausch zwischen Polizei und Kinder- und Jugendbeirat in der Kommune. Für anlassbezogenen Austausch zwischen den Akteur_innen erweisen sich Kontakte über die Ressortgrenzen heraus als besonders hilfreich. Auch in Harsum erleichtern die kurzen Wege zwischen den Austausch zwischen den Ressorts.

Eine gemeinsame Beobachtung der anwesenden Kommunen ist, dass die Müllproblematik im öffentlichen Raum allgemein zu nimmt. Sperrmüll wird vermehrt illegal abgeladen.

AG 8

Teilnehmende Kommunen: Flensburg, Neuwied, Schwelm, Maintal, Hanau, Zeven

Angsträume werden in keiner der Kommunen regelmäßig erhoben. In Flensburg ist dies nun im Aktionsplan vorgesehen. Die Hoffnung besteht, dass finanzielle Mittel hierfür bereit gestellt werden.

Alle Kommunen sind der Meinung, dass es gut ist, wenn konkret Verantwortliche hierfür schon früh im Aktionsplan festgesetzt werden. Allerdings würde es dann auch länger dauern, den Aktionsplan „final festzuzurren“.

In Maintal ist ein Projekt zu Angsträumen im Frühjahr geplant. Um „Angsträume“ als Fokus der Kinder zu vermeiden, formulieren sie die Frage an die Kinder als Lieblings- und Angsträume. Das Thema Angsträume wird von den Kommunen als repetitives Thema gesehen, da sich je nachdem, wenn Stadtteile wechseln oder andere Kinder hinzukommen, Angsträume (weg-)entwickeln.

Weiterhin wurde das Thema Budgets diskutiert. So steht in Maintal konkret im Aktionsplan, wer das Geld für welche Themenbereiche zur Verfügung stellt. Laut Kommunen sollte dies bestenfalls schon im Vorhinein im Aktionsplan verankert werden.

AG 9

Teilnehmende Kommunen: Germering, Lampertheim, Haan, Bad Pyrmont, Nordhausen

Die Kommune Lampertheim berichtete von einem veränderten Blick auf Angsträume durch die Teilnahme am Hessischen KOMPASS-Projekt. Davor lag der Fokus eher auf Erwachsenen und älteren Menschen, nun werden die Angsträume von Kindern und Jugendlichen regelmäßig erhoben. Das Ordnungsamt, das Grünflächenamt sowie die Kinder- und Jugendförderung arbeiten hier sehr eng zusammen. Durch das Ordnungsamt besteht eine enge Verknüpfung mit der Polizei. Es besteht ein regelmäßiger Austausch der Fachdienste. Die Erhebung bei den Kindern und Jugendlichen erfolgt durch verschiedene Methoden (Stadterforschung, Dialog mit Kindern und Jugendlichen, informelle Gespräche mit Kindern und Jugendlichen). Es werden gemeinsame Lösungen für Missstände gesucht und umgesetzt (Bsp.: Graffiti-Wand an Toilettenhäuschen). Kinderrechte und die gezielte Wahrnehmung von Angsträumen von Kindern und Jugendlichen werden miteinander in Beziehung gesetzt. Eine Herausforderung besteht darin, die verschiedenen, zum Teil weit voneinander entfernten Stadtteile zu erfassen. Für das Projekt KOMPASS sind personelle und finanzielle Ressourcen notwendig. Die Kommune ist hier jedoch gut aufgestellt.

Von den neuen Kommunen im Programm Kinderfreundliche Kommunen erheben noch nicht alle die Angsträume von Kindern und Jugendlichen. Das Thema wird jedoch als wichtig für das weitere Verfahren angesehen und soll in den Aktionsplan einfließen. In anderen Kommunen wird teilweise kein akuter Bedarf zur Erhebung von Angsträumen gesehen.

Ein anderes Thema in der Austauschrunde stellten die informellen Orte dar, die sich Kinder und Jugendliche eigenständig suchen und aneignen. Der Umgang mit den Konflikten, die hierdurch mit anderen Bevölkerungsgruppen entstehen (Lautstärke, Vandalismus, Müll oder die Anwesenheit der Jugendlichen an sich) wurde diskutiert. Es wurde festgehalten, dass eine dialogische Form für die Konfliktentschärfung und -lösung notwendig ist und dadurch der Einbezug von Ordnungskräften vermieden werden kann, bzw. diese auch sensibilisiert werden sollten.

Ein weiteres Thema stellte der Einbezug von Jugendparlamenten für die Befragung von Kindern und Jugendlichen dar. Unklar war für die Beteiligten, wie eine gute Mischung für deren Besetzung gelingen kann, um die unterschiedlichen Gruppierungen im Sozialraum abzubilden und Vertreter_innen der verschiedenen Altersgruppen zu gewinnen. Hervorgehoben wurden in diesem Zusammenhang eine große Eigenverantwortlichkeit der Kinder und Jugendlichen innerhalb der Gremien (Kinder- und Jugendparlamente), eine gute Begleitung derselben durch die Kommune sowie der Einbezug der Jugendarbeit. Es gab Beispiele aus unterschiedlichen Kommunen.

Austauschrunde II: Ressortübergreifende Zusammenarbeit zu Schulwegesicherheit, Sicherheitsempfinden und Sauberkeit

Fragestellungen:

1. Gibt es in Ihrem Bundesland ähnliche Programme wie das Hessische KOMPASS-Projekt?
2. Was ist auf Ihre Stadt/Gemeinde übertragbar, was nicht?
3. Wer arbeitet in Ihrer Kommune zum Thema Schulwegesicherheit?
4. Gibt es zu diesen und ähnlichen Themen eine ressortübergreifende Zusammenarbeit? Funktioniert diese Zusammenarbeit oder wo hakt es?

AG1

Teilnehmende Kommunen: Eltville, Germering, Oestrich-Winkel, Weil am Rhein, Zeven

Im Zentrum des Austauschs steht, ob es ähnliche Programme wie in Hessen auch in anderen Bundesländern und den teilnehmenden Kommunen gibt. Dies ist z.B. in Niedersachsen der Fall. Aber in den Kommunen stehen dafür nicht die Ressourcen wie in Lampertheim zur Verfügung, weshalb nichts ähnliches umgesetzt wird.

In Weil am Rhein gibt es auf Grundlage eines Gemeinderatsbeschlusses einen Lenkungskreis und eine halbe Stelle, die ihre Arbeit nun aufnimmt. Hier gibt es das Programm „Kommunale Kriminalprävention“. Sehr erfolgreich ist die Stadt mit dem Angebot Nachtsport. Die Zeiten dieses Angebots werden auf der Straße auch durch die Polizei an Jugendliche kommuniziert. Die Polizei kommt auch in der Sporthalle vorbei und nimmt Kontakt auf. So lernen sich die Akteur_innen kennen. Das Angebot des Nachtsports findet jeden Freitag im Winterhalbjahr von Oktober bis Ostern von 21:30 bis 0:00 Uhr in einer Sporthalle mit drei Feldern statt. Es gibt Musik. Alkohol und Drogen sind verboten. In der warmen Jahreszeit wird es nicht wahrgenommen.

Insgesamt sind aber zahlreiche Präventionsstrukturen während der Corona-Pandemie zusammengebrochen und müssen nun neu ins Leben gerufen werden.

Besonders gelobt wird das vorgestellte Programm aus Lampertheim, da es nicht bei KfK angesiedelt ist. Dadurch ergibt sich eine getrennte Verantwortlichkeit, die die ressortübergreifende Zusammenarbeit mit KfK und anderen stärkt. Es entstehen „integrative Gemeinden“, die besser arbeiten.

Insgesamt stellen die Teilnehmenden einen Wandel in den Bedürfnissen der Jugendlichen fest. Früher waren sie eher gegen die Ordnungsbehörden eingestellt. Heute ist Sauberkeit auch ein Thema der Jugend.

AG 2

Teilnehmende Kommunen: Ludwigsfelde, Nauen, Beeskow, Bernau

Bernau bietet Projekte zur Schulwegsicherheit, Broschüren, Aktionen zu Elterntaxis, einen Fahrradpass sowie Aktionen von jungen, erwachsenen Skatern mit Jugendlichen. Bernau berichtet darüber, dass sich die ressortübergreifende Zusammenarbeit hier bereits etabliert hat und gut läuft.

Beeskow berichtet von ihrer Zusammenarbeit mit der Polizei zur Einschulung. Zu Konflikten um Verschmutzung der Skaterplätze lassen sich bisher nicht alle Akteur_innen gemeinsam an einen Tisch bringen. Die Treffen werden vom Ordnungsamt Säuberung und Reparatur organisiert.

In Ludwigsfelde gibt es bereits Strukturen bzw. ein Netzwerk zum Thema. Es wird eine Chance darin gesehen, dieses im Rahmen der Kinderfreundlichen Kommunen weiter zu beleben. Das Familienbündnis als zentraler Partner für KfK wird als Empfehlung auch für andere Kommunen in Brandenburg ausgesprochen.

In Beeskow wird das Familienbündnis ehrenamtlich koordiniert. Es werden teilweise Bedenken zu Überschneidungen mit KfK ausgesprochen.

AG 3

Teilnehmende Kommunen: Regensburg, Mannheim, Stuttgart

Zu Beginn wurde das Thema Elternhaltestellen diskutiert. Hier waren sich die Teilnehmenden einig, dass in dicht besiedelten Städten der Individualverkehr reduziert werden sollte – Elternhaltestellen stehen diesem Ziel jedoch häufig entgegen. Um die eigenständige Mobilität von Jugendlichen zu fördern, hat Mannheim vor einer Schule eine Fahrradstraße eingerichtet und Parkplätze zurückgebaut. Die Ergebnisse sind positiv: Jugendliche nehmen seither deutlich häufiger das Rad, um zur Schule zu gelangen. Eine andere Kommune gab jedoch zu bedenken, dass der PKW-Verkehr in Fahrradstraßen häufig noch erlaubt ist; zur Schulwegesicherheit würden sie deshalb eher weniger beitragen. Alle Teilnehmenden waren sich einig, dass es individueller Lösungen für jede Schule bedarf.

Häufig stehen die Ängste der Eltern einer eigenständigen Mobilität der Kinder entgegen. Regensburg hat in diesem Kontext gute Erfahrungen mit Notinseln gesammelt: Diese nehmen den Eltern die Angst, ihre Kinder allein losziehen zu lassen.

Außerdem wurde das Thema Präventionsangebote besprochen: Gibt es in den Kommunen Übersichten, die an die Schulen verschickt werden - ähnlich dem Aufsteller von Lampertheim? Stuttgart plant eine digitale Übersicht einzuführen; in Mannheim gibt es diese bereits über das Netzwerk [Präventiv Vernetzt](#). Dort werden auch Plakate mit Übersichten gedruckt, die an Schulen verteilt werden.

AG 4

Teilnehmende Kommunen: Dormagen, Maintal, Schwelm, Nordhausen

In NRW gibt es kein vergleichbares Programm, allerdings eine enge Zusammenarbeit mit der Verkehrssicherheitsbehörde und einen guten direkten Austausch mit der Polizei, vor allem, weil sie Bezirksdienst hat mit Ansprechpartner_innen. Die Ordnungsbehörde macht leider zurzeit keine

Bürgerdienste, das muss nach Corona erst wiederbelebt werden. In der präventiven Arbeit gibt es gute Ideen aus Lampertheim, ein solches Engagement ist hier noch ausbaufähig.

Die Stadt Schwelm sieht ein großes Bedürfnis aus der Elternschaft, die Situation vor allem bei den Schulwegen zu verbessern.

In Nordhausen finden sich in diesem Bereich bisher keine Angebote. Eine Idee ist, an Landtagsabgeordnete heranzutreten, um hier fördernd einzugreifen, auch finanziell.

Maintal hat das Projekt der Leon-Hilfe-Inseln implementiert. Hier werden in den Schaufenstern von Geschäften, Hinweisschilder angebracht. Eine Herausforderung durch Corona war, dass viele kleinere Geschäfte geschlossen wurden.

In einer weiteren Kommune funktioniert die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und Schulen ganz gut, ein gemeinsamer Standard wie in Hessen zur Gewährleistung kontinuierlicher Zusammenarbeit fehlt jedoch. Weitere Herausforderungen stellen fehlende personelle und finanzielle Ressourcen dar.

Maintal geht sehr aktiv auf Kolleg_innen zu. Hier ist die Koordinatorin Vermittlerstelle zwischen Bürger_innen und Verwaltung.

In Dormagen tagt das Kinderparlament vier Mal im Jahr. Themen werden von dort an Kommune weitergegeben. Änderungswünsche können nicht immer nachhaltig umgesetzt werden. Dennoch resultieren aus den Wünschen konkrete Handlungen. So wurde z.B. ein Wettbewerb in den Schulen organisiert, damit Eltern Kinder nicht mehr mit dem Auto zur Schule bringen. Im Kinderparlament sind Untergruppen entstanden, an denen alle Kinder teilnehmen können. Eine Gruppe behandelt das Thema Verkehr und Aktivität. Diese hat dafür aus dem Topf des Kinderparlaments 1000 Euro bekommen und das Preisgeld an die Klassen verteilt, die an einem Tag die wenigsten Pkw-Fahrten pro Kopf hatte. Beteiligt waren die Klassen 3-6. Eingeführt haben die Kinder das v.a. aus ökologischen Gründen. Gemeinsam mit der Klimaschutzmanagerin und der Mobilitätsmanagerin wird in den kommenden Tagen die Gratulation stattfinden.

In Maintal gab es Beschwerden zu Elterntaxis. Daraufhin hat das Kinder- und Jugendbüro gemeinsam mit anderen Lösungen gesucht. Jetzt wurde ein Treffpunkt geschaffen. Von dort können die Kinder gemeinsam in die Schule laufen. Die Idee ist nun, dieses Vorgehen auf andere Grundschulen auszuweiten. Des Weiteren hat die Kommune einige Beispiele aus Lampertheim aufgegriffen, wie z.B. Bring- und Abholzonen und das Licht im Park bei Gefahrensituationen voll aufdrehen zu können.

In Dormagen gab es in Zusammenarbeit mit der Verkehrsbehörde die Installation von Smileys zur versteckten Geschwindigkeitsmessung. Das hat einen kleinen psychologischen Effekt gezeigt. Außerdem spüren die Kinder dadurch Wirksamkeit, weil sie vorher auf zu schnelle Autos hingewiesen haben.

In Maintal gibt es einen direkten Ort für Beschwerden auf der Homepage. Hier sollen Aufkleber mit QR-Code erstellt werden „Melden statt Meckern“ v.a. an Spielplätzen. In Dormagen gibt es Beschwerdemanagement und Beschwerdemelder, die gut angenommen werden. Ordnungspartnerschaften mit Schulleitungen werden regelmäßig durchgeführt. Ein_e Ansprechpartner_in vor Ort und ein gutes Beschwerdemanagement sind dabei sehr wichtig. In Nordhausen ist es der Bürgerbeauftragte, der sich kümmert und mit dem es in Rückkopplung mit den Ämtern gut läuft.

Schwelm steht in den Startlöchern und führt kommenden Samstag den Zielfindungsworkshop im Rahmen der Kinderfreundlichen Kommunen durch.

AG 5

Teilnehmende Kommunen: Landshut, Köln, Bonn, Neuwied, Flensburg, Hanau

Für eine vollumfängliche Umsetzung des Projekts KOMPASS braucht es entsprechende Ressourcen, wie sie bspw. durch die Vollzeitstelle in Lampertheim gegeben sind. Zudem muss dieses Projekt in enger Kooperation mit der Koordination Kinderfreundliche Kommunen umgesetzt werden.

Herausforderung der KfK Koordination ist, fortwährend Fachbereichen außerhalb der Jugendhilfe die gemeinsame Verantwortlichkeit für Kinderrechte bewusst zu machen und daraus ergebende Aufgaben einzufordern. Mehr Sichtbarkeit für Kinderrechte bzw. das Programm Kinderfreundliche Kommunen kann ein regelmäßiger Newsletter an alle Akteur_innen schaffen. Eine weitere Möglichkeit ist das „Labeling“ von Maßnahmen, die im Rahmen des Aktionsplans durchgeführt werden.

Sogenannte „Elterntaxis“ stellen eine enorme Herausforderung für die Kommunen dar. Bei Neubauten von Schulen und Kitas werden teilweise schon entsprechende Buchten eingeplant. Zudem wird diesen mit Kinder-Shuttle Services von größeren Parkplätzen begegnet. Projekte wie „Zu Fuß zur Schule“ können da nur zeitweilig einwirken und eine Bewusstseinsveränderung von Eltern schaffen.

Als Gute Praxis wurde die [Kidical Mass](#) genannt: Bündnis mehr Sicherheit für Kinder auf dem Rad.

AG 6

Teilnehmende Kommunen: Wolfsburg, Potsdam, Berlin Marzahn-Hellersdorf, Krefeld

In Wolfsburg wird am Thema Angsträume gearbeitet, das wurde vom Jugendbeirat eingebracht. Die Bestandsaufnahme wurde durchgeführt, aber die Umsetzung ist an vielen Stellen wegen der Kosten schwierig.

In Wolfsburg gibt es eine AG zum Thema Schulwege seit 1981, beteiligt sind u.a. die Polizei und der Stadtelternrat. Die Schulwegpläne von Wolfsburg sind inzwischen veraltet, und wurden damals noch ohne Beteiligung der Zielgruppen erstellt. Als Anregung nimmt die Koordinatorin mit, dass diese nun unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aktualisiert werden sollen.

In Potsdam gibt es ein [Schulwegsicherungskonzept](#), das damals noch ohne Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erarbeitet wurde. Vor einigen Jahren wurden Fußwege und Fahrradwege unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen geplant. Die Kommunen in Brandenburg sind durch die Kommunalverfassung zur Beteiligung verpflichtet.

In Marzahn-Hellersdorf gibt es [Schulwegepläne](#), die von einem externen Dienstleister erstellt wurden. Die aktuelle Fassung ist von 2020.

Es wurde besprochen, dass Schulwegepläne oft ein schwieriges Thema sind. Es wird beispielsweise das Argument vorgebracht, dass viele Schulkinder nicht in der Kommune wohnhaft sind. Aus Sicht der Koordinationen wäre aber schon viel getan, wenn die Sicherheit auf dem Weg zwischen der nächsten ÖPNV-Haltestelle und Schule verbessert wäre.

Aus einer Kommune wurde von der Problematik berichtet, dass im Umfeld der Schulen und auf dem Schulweg Drogen verkauft werden. Die Kooperation der Kommune mit den Schulen gestaltet sich aber schwierig, da sich diese nur für die Schulräume zuständig sehen, nicht aber für das Umfeld und die Wege.

Als ein gutes Beispiel wurde die [Präventionskette](#) in Marzahn-Hellersdorf genannt.

AG 7:

Teilnehmende Kommunen: Weilerswist, Remchingen, Algermissen, Witzenhausen, Lampertheim

Referierende aus Lampertheim sind Teilnehmende dieser Austauschrunde. Sie stellen ihre Idee vor, die in der Stadt verteilten Graffiti Gemälde zukünftig mit einer Action Bound Rallye und scannbaren QR Codes zum Thema Kinderrechte zu verbinden. Sie betonen die Relevanz der ressortübergreifenden und praxisnahen Zusammenarbeit. Andere Kreisstädte möchten das Graffiti Konzept übernehmen, allerdings steht Graffiti als Methode bei manchen Städten in der Kritik.

Thema Elterntaxi und Hol- und Bringezonen. Lampertheim betont, dass es bei diesen Zonen einer regelmäßigen Kontrolle durch das Ordnungsamt, Polizei o.Ä. bedarf. Auch die Kinder werden in Lampertheim bei der Kontrolle der Zonen mit einbezogen: Kinder der 4. Klasse erhalten gelbe Warnwesten, und halten Schilder hoch: „Bitte zur Haltestelle fahren“. Eine Kontrolle wird durch die Polizei zweimal wöchentlich durchgeführt. Weilerswist berichtet, dass bei ihnen zwei Hol- und Bringezonen geplant sind. In Remchingen beschäftigten sich in letzter Zeit zwei Programme zur Einschätzung der Verkehrslage. Es wurde eine Bürger- und Kinderbeteiligung durchgeführt, ein Fußverkehrscheck, und eine Bürgerbeteiligung mit Walk zu den Brennpunkten. Hol- und Bringezonen werden teilweise als gefährlich wahrgenommen.

Es wird die Idee diskutiert, einen Wettbewerb zu organisieren, bei dem die Kinder jeden Tag zur Schule laufen als eine Art Sponsorenlauf über längeren Zeitraum. Das gewonnene Geld kommt den Schulen zugute. In Lampertheim besteht ein solches Projekt bereits unter dem Namen „[Grüne Meilen](#)“. Auch hier der Hinweis – kontrollbedürftig. Eine Elternhaltestelle besteht seit 1,5 Jahren, immer noch ist der Aufklärungsbedarf hoch. Kinder erhalten über die Schulen einen Infobrief und es gibt einen Auftritt der Polizei bei Elternabenden. In Algermissen ist ebenfalls ein Belohnungssystem für Kinder angedacht, wenn sie laufen oder mit dem Fahrrad zur Schule fahren.

AG 8:

Teilnehmende Kommunen: Taunusstein, Garmisch-Patenkirchen, Euskirchen, Brühl, Hemmoor

In den Bundesländern der Kommunen gibt es keine ähnlichen Programme wie das Hessische KOMPASS-Projekt.

Als gute Idee wird der Tischaufsteller aufgenommen, auch das Heimwegtelefon. Hier wurde diskutiert, ob das eher 20-jährige oder auch Kinder und junge Jugendliche in Anspruch nehmen.

Garmisch-Partenkirchen und Taunusstein loben die Maßnahmen als gute Ideen, sehen aber das Problem, dass sie zu wenig Personal zur Umsetzung haben und (in Garmisch-Partenkirchen) auch keinen Kontakt zu Jugendlichen, die man sofort ansprechen könnte.

Zum Thema Schulwegesicherheit arbeiten in den Kommunen verschiedene Einrichtungen; in Euskirchen liegt dieses bei der Schule, es gibt aber auch Kooperation mit Polizei o.a., in Brühl liegt das Ganze im Fachbereich ÖPNV/Mobilität, in Taunusstein ist es Auftrag des Kreises, daher gibt es keinen Kontakt mit dem Thema, das Gleiche ist in Hemmoor der Fall. In Hemmoor gibt es einen sehr engagierten Förderverein, mit dem Pläne entwickelt worden sind und werden.

In Garmisch-Partenkirchen war Anfang des Jahres erst eine Schulwegbegehung mit der Polizei, wo das Thema grundsätzlich angesiedelt ist, müsste aber erstmal geklärt werden.

Austausch fand auch darüber statt, ob der Schulweg mit dem Fahrrad oder zu Fuß bestritten wird. Meist ist es so, dass die Eltern die Kinder bis zur Schule fahren. In Garmisch-Partenkirchen wurden jetzt testweise sogenannte Halteverbotszonen für die Eltern vor Schulen eingerichtet.

In Euskirchen gab es einen Walking Bus, wo 5 Elternteile abwechselnd mit den Kindern zur Schule gegangen sind. Dieser hat auf Dauer nicht funktioniert, weil ihn niemand fortgeführt hat.

Es ist kommunenübergreifend oft der Fall, dass sich niemand als Schulweghelfer bereit erklärt.

AG 9

Teilnehmende Kommunen: Hohenhameln, Puchheim, Kitzingen, Wittlingen, Haan

Ähnliche Programme zum KOMPASS Programm in Hessen waren den Teilnehmenden aus ihren Bundesländern nicht bekannt. Die Übertragbarkeit auf die eigenen Städte und Gemeinden sahen die Anwesenden als nicht gegeben, da ihre Kommunen wesentlich kleiner als Lampertheim sind und durchweg mit fehlenden Personal- und Finanzmitteln zu kämpfen haben.

Aus einigen Kommunen wurde berichtet, dass Erhebungen von Angsträumen von Kindern und Jugendlichen im Rahmen von Beteiligungsprojekten oder Schulworkshops erhoben werden oder auch innerhalb einer professionellen Stadtentwicklungsbefragung durch ein Planungsbüro eigene Formate für Kinder und Jugendliche genutzt wurden.

Teilweise gibt es Schulwegpläne, bei denen auch die Schulwegsicherheit thematisiert wird. Teilweise ist die Erarbeitung von Kinderstadtplänen geplant.

Immer wieder wird jedoch die enge personelle Ausstattung hervorgehoben, die eine Kontinuität dieser Maßnahmen erschwert oder unmöglich macht, bzw. eine Kontinuität in der Befragung nicht zulässt.

Von den Teilnehmenden wurden unterschiedliche Schwierigkeiten hinsichtlich einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit aufgeführt.

Es wurde darauf hingewiesen, dass Rückmeldungen von Jugendlichen mit anderen Ressorts regelmäßig abgeglichen werden müssen und die Kommunikation mit anderen Abteilungen dafür von großer Bedeutung ist. Als Problem wurde demgegenüber dargestellt, dass Zuständigkeiten von einzelnen Ressorts in der Kommune für die Belange von Kindern und Jugendlichen und damit zusammenhängenden Bedarfen oder Problemfeldern nicht als in die eigene Verantwortlichkeit fallend gesehen werden. Selbst Ordnungskräfte weisen teilweise keine ausreichende Sensibilität zum Thema auf.

Von anderen Teilnehmenden wurde berichtet, dass es bereits eine weitreichende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gibt, es aufgrund der angespannten Personalsituation jedoch schwierig ist, Vertreter_innen aus anderen Abteilungen für eine Zusammenarbeit zu gewinnen.

Es wurde die Frage aufgeworfen, ob ein regelmäßiger Jour Fixe der verschiedenen Ressorts in der Kommune zwingend notwendig ist, oder, auch aufgrund von mangelnden Personalressourcen, anlassbezogene Treffen ausreichend sind. Hierzu gab es unterschiedliche Meinungen. Für eine anlassbezogene Zusammenarbeit wurde das Beispiel von Problemen mit selbst angeeigneten Jugendorten genannt, wodurch eine übergreifende Zusammenarbeit zur Lösung der Probleme gut funktionierte. Als großes Plus für regelmäßigen Treffen wurde dagegen angeführt, dass hier nicht nur Themen, die gerade brennen oder die bereits bekannt sind, kommuniziert werden und hier eine lösungsorientierte Zusammenarbeit stattfindet, sondern dass sich durch regelmäßige Kommunikation auch neue Anlässe für die Zusammenarbeit und Themen ergeben und hier stärker präventiv gearbeitet werden kann.

Zu diesem Punkt wurde auf die große Bedeutung des im Rahmen von „Kinderfreundliche Kommunen“ durchgeführten Workshops „Kinderrechte und Verwaltungshandeln“ hingewiesen, um auch die Verwaltung mit ins Boot zu holen, sowohl durch das Aufzeigen von gesetzlichen Vorgaben als auch durch die Sensibilisierung für die Kinderrechte und der Herstellung einer Verbindung zum eigenen Arbeitsbereich.

Austauschrunde III: Ihre Anliegen

AG 1 Zielgruppe Geflüchtete Kinder beteiligen

Diskussion über die Herausforderung, Zielgruppe bei Strukturen wie einer Kinderversammlung zu beteiligen.

Vorstellung von Stuttgarts „Kindersprechstunde“ an verschiedenen Standorten, Information über die Kinderrechte. Thema sprachliche Barriere.

Vorstellung aus Köln: niedrigschwelliges Angebot zur Willkommenskultur mit Spielen und einfacher Sprache „[Eat Play Talk](#)“ vom Jugendbüro. Zielsetzung: die Stadt Köln, das Kinder- und Jugendbüro vorzustellen, Kinder mit dem Sozialraum bekannt zu machen sowie Beziehungsarbeit zu leisten.

Weitere Themen waren Elternarbeit sowie die Apps WhatsApp und Telegramm zur Zielgruppen-erreichung.

Anhang

- Präsentationen der Inputs
- Stadt Wolfsburg: Checkliste zum Kindeswohlvorrang (vorläufige Version)
- Caglar, Melanie: Tunnel wird zur großen Galerie. In: Hildesheimer Allgemeine Zeitung, 10.09.2022.